

Brücker sollen Flüchtlinge aufnehmen

NEUE UNTERKÜNFTE Die Stadt plant zwei Neubauten am Pohlstadtsweg – Bürger äußern Zustimmung, aber auch Kritik

VON NORBERT RAMME

Brück. Die Pläne der Verwaltung für den Bau neuer Flüchtlingsheime soll der Stadtrat am Dienstag, 8. April, beschließen. Vor allem in den betroffenen Stadtteilen wird darüber derzeit kontrovers diskutiert. Einig sind sich Bürger und Kommunalpolitiker jedoch häufig in der Einschätzung, dass die Informationspolitik der Stadt versagt hat. So haben etwa viele Brücker erst aus dem „Kölner Stadt-Anzeiger“ erfahren, dass auf einem Rübenacker am Pohlstadtsweg – zwischen den drei Hochhäusern und der Sportanlage – künftig rund 80 Flüchtlinge wohnen sollen. Die Bürger seien empört, heißt es bei der Bürgergemeinschaft sowie aus der Geschichtswerkstatt.

Auch die SPD-Fraktion in der Kalker Bezirksvertretung kritisiert die Vorgehensweise der Verwaltung, „kurzfristig, ohne Beteiligung der Bürger“, die notwendigen Standorte zu präsentieren. „Wir sind überzeugt, dass es trotz allen Drucks sinnvoller gewesen wäre, einen transparenteren Weg im Dialog mit den Menschen zu wählen“, sagt Marco Pagano.

Dieser Vorort kann aufgrund seiner guten Sozialstruktur diese Menschen aufnehmen

Brigitte Bilz

Doch bei der SPD weiß man auch, dass die Stadt vor einer großen Herausforderung steht: Sie ist gesetzlich verpflichtet, eine stark wachsende Zahl von Flüchtlingen unterzubringen.

Darum hat die Bezirksvertretung mehrheitlich für das Vorhaben der Verwaltung gestimmt. Pagano: „Die Aufgabe kann Köln nur gemeinsam tragen. Wenn wir es ernst meinen, dann können wir einen Standort in Brück schlecht ablehnen.“ Allerdings gegen die Stimmen der Christdemokraten und bei Enthaltung des FDP-Vertreters: Laut der für Brück zustän-



Auf der Freifläche am Pohlstadtsweg in Brück plant die Stadt, Unterkünfte für Flüchtlinge zu bauen. BILD: NR

digen Stadtverordneten Ursula Gärtner fordert die CDU, „auch mit Blick auf den Erhalt des sozialen Friedens in der Stadt, ein Gesamtkonzept zur Unterbringung von Flüchtlingen zu erstellen“. In loser Folge Vorlagen mit Standorten zu präsentieren, die die Politik kritiklos beschließen und der Bürger hinnehmen solle, werde dem sensiblen Thema nicht gerecht, sagt sie.

In der Bezirksvertretung sprach die CDU von „vielen offenen Fragen“. Diese Haltung kommt einigen Brückern entgegen, die der Aufforderung eines anonymen Flugblattes gefolgt waren, zur Sitzung der Bezirksvertretung zu kommen, und den geplanten Bau des Flüchtlingsheimes zu verhindern, da angeblich ein geplanter Kinderspielplatz dafür weichen müsse. An der Stelle sei jedoch kein Spielplatz vorgesehen, teilt Bürgeramtsleiter Michael Eppenich mit.

Ein Anwohner vom Marion-Dönhoff-Weg hat in einem Brief an Bezirksbürgermeister Markus

Thiele angekündigt, dass er für den Fall, dass das Vorhaben umgesetzt werde, „die Stadt auf Schadensersatz wegen der Wertminderung des Grundstückes verklagt“.

Die Mehrheit der Brücker Bürger betrachtet die Situation unangenehm: „Natürlich stellt sich die Bevölkerung ihrer gesellschaftlichen Verantwortung und ist auch der Überzeugung, dass ein Ort wie Brück mit allen sozialen Gegebenheiten, den Vereinen und der gesamten Infrastruktur in der Lage ist, die Integration von Flüchtlingen zu ermöglichen“, sagt Heinz-

Dieter Richmann, Vorsitzender der Bürgergemeinschaft. „Für das Gelingen der Integration von Beginn an ist es aber erforderlich, die Bürger frühzeitig in die Planung einzubinden. Die erfolgreichen Beispiele aus der Brücker Vergangenheit belegen das.“

In den 70er Jahren habe es am Mauspfad ein Wohnheim für vietnamesische Flüchtlinge gegeben, die problemlos und nachhaltig in den Stadtteil integriert worden seien. Allerdings habe die Stadt bislang weder Alternativen zum ausgewählten Standort, noch die ausschlaggebenden Kriterien für die aktuelle Auswahl vorgelegt. Richmann: „Gerade die Informationen über die Kriterien wären für uns von großer Wichtigkeit, um einen guten Beitrag zur Einigkeit und Harmonisierung in unserem Ort leisten zu können.“

Per Brief fordert die Bürgergemeinschaft Oberbürgermeister Jürgen Roters auf, die Informationen noch vor der entscheidenden Ratssitzung nachzuliefern. Das unterstützt Pagano von der SPD:

Der Standort

Das Ackerland am Pohlstadtsweg in Brück, gegenwärtig weder bebaut noch verpachtet, ist einer von acht Standorten für Flüchtlingsheime im gesamten Stadtgebiet. Auf dem städtischen Grundstück soll für fünf Jahre eine Flüchtlingsunterkunft entstehen. Dafür werden von dem rund 10 000 Quadratmeter großen Gelände etwa 2500 Quadratmeter benötigt.

Geplant sind zwei Gebäude, jeweils mit Erdgeschoss und einer zusätzlichen Etage – mit Platz für 55 bzw. 25 Personen. Hinzu kommen Büros für Sicherheitsdienst und Leitung sowie ein Aufenthaltsraum. Rund 1,6 Millionen Euro soll das Projekt kosten. Hinweise auf mögliche Altlasten auf dem Gelände liegen der Verwaltung nicht vor. (NR)

„Die Stadt steht in der Pflicht, den Betroffenen in Brück alle Pläne detailliert zu erklären und Kritik und Anregungen aufzunehmen.“

Für Brigitte Bilz von der Geschichtswerkstatt dürfe die Kritik an der Stadt nicht „den Menschen angelastet werden, die in Brück als Verfolgte Schutz suchen“. Der Vorort könne diese Menschen aufgrund seiner guten Sozialstruktur aufnehmen. „Hier können die Brücker ihr Potenzial an sozialem Verhalten, Hilfsbereitschaft und Nachbarschaftshilfe einbringen“, so Bilz. Um Eingliederung und Integration der Flüchtlinge zu erleichtern, solle in einem breiten Bündnis der Brücker Vereine, Kirchen und Institutionen Unterstützung angeboten werden. Gedacht sei dabei etwa an Deutschkurse für Kinder, Jugendliche und Erwachsene, an Freizeitangebote, Kleidersammlungen sowie Hilfe bei Behördengängen. Marco Pagano: „Die ersten Gespräche diesbezüglich, etwa mit Vertretern der katholischen und evangelischen Kirche, sind vielversprechend verlaufen.“

